

Beschlussvorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro der Bürgermeisterin	Datum: 23.12.2008	
Tagesordnungspunkt 14.2	Bezeichnung der Vorlage: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.12.2008 betreffend Erstellung eines Aufforstungskatasters		
Vorlage-Nr: VO/0999/08			
Zu beraten im:			
Datum	Gremium		
17.02.2009	Rat der Stadt Wegberg		

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 18.12.2008 folgenden Antrag gemäß § 20 der Geschäftsordnung gestellt:

„Der Rat möge beschließen, die Verwaltung mit der Erstellung eines Aufforstungskatasters mit dem Ziel zu beauftragen, für die im Stadtgebiet Wegberg gefällten Bäume kurzfristig entsprechende Ersatzbepflanzungen durchzuführen.

Begründung:

Auf Grund eines tragischen Unfalls sind sämtliche Bäume im Stadtgebiet aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht auf allen öffentlichen Flächen gutachterlich überprüft worden. Dabei sind zahlreiche Schäden festgestellt worden mit der Konsequenz, dass viele Bäume aus Sicherheitsgründen unter Berücksichtigung des ordnungsrechtlichen Gefahrenbegriffs gefällt werden mussten.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass hier zeitnah ein entsprechender Ausgleich herbeigeführt werden muss und für die gefällten Bäume Ersatzanpflanzungen durchgeführt werden müssen.

Insbesondere begründet sich der Handlungsbedarf nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch deshalb, weil die Stadt Wegberg als „Wohnstadt im Grünen“ eine Selbstverpflichtung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern hat, für ein gesundes und ökologisch ausgewogenes Wohnumfeld zu sorgen.

Diese ökologischen Ausgleichsmaßnahmen haben unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben an eine nachhaltige umweltgerechte städtebauliche Entwicklung zum Wohl der Allgemeinheit zu erfolgen, um die Eingriffe in Natur und Landschaft zeitnah ausgleichen zu können.

Neben den grundsätzlichen Belangen des Umweltschutzes und der ökologischen Auswertung ist bei der Ersatzbepflanzung den Anforderungen an die städtebauliche Entwicklung und das gesamtstädtische Erscheinungsbild in besonderem Maße Rechnung zu tragen.“

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis. Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Städtebau, Umwelt und Verkehr verwiesen.

Anlage/n: Antrag